

Anträge zu den Beratungen des Haushalts 2016

1. Personalkosten, für die keine Erstattungsansprüche bestehen, werden im fünfjährigen Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung um insgesamt 10% reduziert.
2. Zusätzlicher Personalbedarf für den Bereich der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden wird durch befristete Arbeitsverträge abgedeckt.
3. Das Immobilienmanagement wird in eine privatrechtliche Rechtsform überführt. Neben der Verwaltung und Betreuung der kreiseigenen Liegenschaften sowie der Liegenschaften der Eigenbetriebe bietet das Immobilienmanagement den kreisangehörigen Städte und Gemeinden Dienstleistungen an. Diesen wird die Möglichkeit eröffnet, gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Immobilienmanagements in Anspruch zu nehmen.
4. Der Kreisausschuss wird beauftragt mit der Stadt Kassel sowie den Landkreisen Werra- Meißner, Schwalm- Eder und Waldeck- Frankenberg Verhandlungen über weitreichende Kooperationen aufzunehmen. Ziel der Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Qualität sowie die Reduzierung der Kosten der durch die Stadtverwaltung bzw. den Landkreisverwaltungen und ihren Tochterunternehmen erbrachten Dienstleistungen. Grundlage für die Kooperation ist das von der CDU in Stadt und Landkreis Kassel im Jahr 2009 vorgelegte Konzept eines Regionalverbandes Nordhessen.
5. Der Landkreis Kassel verpflichtet sich, nach Auslaufen des Schutzschirmvertrages mit dem Land Hessen, freiwillig ein Konsolidierungskonzept zu erarbeiten und einzuhalten, das über eventuelle Auflagen der Kommunalaufsicht hinausgeht. Ziel der verstärkten Konsolidierungsanstrengungen sind der Abbau der aufgelaufenen Schulden sowie die Reduzierung der Kreisumlage, um die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nachhaltig zu entlasten.
6. Im Haushalt 2016 werden als Anlaufsumme 20.000 Euro für die Umstellung auf eine papierlose Kommunikation mit den Mandatsträgern eingestellt.
7. Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag ein nachhaltiges Konzept zur Sanierung und Inbetriebnahme des Schwimmbades der Käthe-Kollwitz-Schule in Hofgeismar vorzulegen.
8. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die GNH eine Absichtserklärung dahingehend abgibt, dass in Wolfhagen ein Neubau der Kreisklinik errichtet werden soll um langfristig die stationäre medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.
9. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, Vertreter/innen aus Wirtschaft, Politik, berufsständischen Vereinigungen, Kammern, Job Center etc. zu einem Beschäftigungsgipfel einzuladen. Es soll z.B. die bessere Einbindung von Langzeitarbeitslosen, sowie die Integration von Migranten in den hiesigen Arbeitsmarkt thematisiert werden, um dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

**Kreisverwaltung  
Kassel**

Eing. 01. FEB. 2016

Abt. ....

*KTV/160*